

19. IV. 1919

MS

Die Gemeinde Wien und die Getreideeinfuhr- gesellschaft.

Die Tätigkeit der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt hat bei allen Interessenten wie auch beim Staatsamt für Volksernährung eine ungünstige Beurteilung gefunden und es ist aus diesem Grunde ein Abbau dieser Zentrale schon in der nächsten Zeit zu gewärtigen. Das überseeische Geschäft wird ihr bereits aus der Hand genommen, sie wird mit der Einfuhr von überseeischem Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte und Futtermittel nichts mehr zu tun haben. An ihre Stelle tritt in letzter Beziehung eine neue Institution, die nach Vereinbarungen zwischen der Gemeinde Wien, dem Bund deutscher Städte, der großen Konsumentenorganisationen, des Mühlenverbandes, der Getreide verarbeitenden Gewerbe und einiger größerer Getreidefirmen als Einfuhrsgesellschaft (E. F. G.) gegründet wurde. Sie bezweckt die Einfuhr von ausländischem, insbesondere von überseeischem Getreide, Hülsenfrüchten, Reis, Futtermitteln, Delssaaten und Sämereien, sowie von allen Produkten und Abfällen, die aus diesen Artikeln gewonnen werden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 9 Millionen Kronen und ist die Gemeinde Wien mit 2 Millionen Kronen daran beteiligt. Da die Einfuhr von überseeischen Artikeln staatlich bewirtschaftet ist, mußte auch ein Rechtsverhältnis zwischen der Gesellschaft und dem Staatsamte für Volksernährung hergestellt werden, wobei es sich der ersteren nicht so sehr um die Erwerbung eines Einkaufsmonopols handelte. Das Staatsamt legte vielmehr Wert darauf, ein Organ zu besitzen, das unter seiner Kontrolle ausschließlich den überseeischen Einkauf besorgt, ohne aber das finanzielle Risiko des Staatschazes in Anspruch zu nehmen. Aus dem Uebereinkommen wäre hervorzuheben, daß die Gesellschaft die Einfuhr ausschließlich für Rech-

nung jener Stellen betreibt, die ihr vom Staatsamte bezeichnet werden. Das Staatsamt verpflichtet sich, für den Bezug der erwähnten Artikel aus dem Auslande nur die E. F. G. als Kommissär anzuerkennen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete im Stadtrate über den Beitritt der Gemeinde Wien zur erwähnten Gesellschaft, der über seinen Antrag auch beschlossen wurde. Es steht zu erwarten, daß diese Gesellschaft ein brauchbares Instrument im Interesse der Bestrebungen des Abbaues der Zentralen geben wird.